

Nach dem Fordismus

- Zusammengestellt von Katharina Bluhm -

Editorial	2	<i>Xueming Song</i> Wirtschaftsentwicklung Chinas und Fordismus	33
<i>Katharina Bluhm</i> Konturen der Fordismusdebatte	3		
<i>Klaus Peter Wittemann</i> Postfordismus und Konsumformen - Elemente einer Suchstrategie	10	<i>David M. Gordon</i> Unterbezahlte Arbeiter, aufgeblasene Unternehmen. Zwei Elemente im Puzzle des Verfalls der US-amerikanischen Volkswirtschaft	42
<i>Rainer Land</i> Vom Fordismus zum Öko-Kapitalismus? Überlegungen zu Regulationsprinzipien eines neuen Entwicklungspfad	18		
<i>Susanne Heeg</i> Schöne neue Welt? Zur Postfordismus-Debatte in der Geographie	24	<i>Markus Pohlmann</i> „Nach‘ Weber: Sozialwissenschaftliche Interpreta- tionen der Zukunft des Kapitalismus	54

<i>Barbara Gąciarz, Włodzimierz Pańków</i> Unternehmenstransformation in Polen: Soziale und institutionelle Bedingungen	67	Rezensionen und Besprechungen	
<i>Maziar Jafroodi</i> Die Zukunft der Nation	79	Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß Rezensiert von <i>Jochen Fleischhacker</i>	119
Nachlese: Biographien im Umbruch		Michael Walzer: Lokale Kritik - globale Standards Rezensiert von <i>Bernd Ladwig</i>	122
<i>Irene Zierke</i> Wenden im Leben ostdeutscher Frauen	92	Ernest Gellner: Bedingungen der Freiheit Rezensiert von <i>Rainer Schmidt</i>	126
<i>Bettina Völter</i> Die „Generation ohne Alternative“. Generationstheoretische Überlegungen am Beispiel der nach dem Mauerbau geborenen DDR-Jugend	107	Zeitschriftenporträt Polis (Moskau) über sich	128

Editorial

Nach den „Postcartesianischen Zweifeln“ des vorigen Heftes kommen keine postfordistischen Gewißheiten. Aber im Unterschied zu den Nullsummenspielen der politischen Debatte über den „Standort Deutschland“ im Rahmen der Globalisierung werden qualitativ bestimmte Entwicklungstrends und Umbrüche zur Diskussion gestellt. Die von Katharina Bluhm zusammengestellten und durch einen Aufriß der Fordismusdebatte zwischen „Kapitalismuskonzept“ und „Produktionsmodell“ eingeleiteten Beiträge setzen sich mit dem Erfolgsmodell fordistischer Nachkriegsentwicklung auseinander, um Bedingungen und Voraussetzungen der Suche nach einem neuen Entwicklungspfad zu thematisieren. Klaus Peter Wittemann fragt nach einer originellen und instruktiven Untersuchung der Konsumformen an der Schnittstelle zwischen „gesellschaftlicher und privater Arbeit“, ob und wie eine „innere Landnahme“ durch neue Konsumformen zum Ausgangspunkt postfordistischer Szenarien werden könnte.

David M. Gordon zeigt, daß den in Europa häufig mit erhobenem Zeigefinger erteilten Belehrungen über das Erfolgsmodell USA - Lohnsenkungen und Billigjobs schaffen Arbeitsplätze - so ganz unbesehen nicht geglaubt werden sollte. Wir danken der Redaktion der New Yorker Zeitschrift „dissent“ für die Möglichkeit, den Artikel übersetzen und publizieren zu können.

David M. Gordon ist kürzlich verstorben. Michael Walzer schreibt im Editorial des „dissent - spring 1996“, daß David M. Gordons Artikel „eine der wichtigsten ökonomischen Analysen“ seit langem sei, „speziell eine Kritik des *amerikanischen* Kapitalismus.“

Gordon ist ein Vertreter des sogenannten „social structure of accumulation“-Ansatzes, der sich eher am Rande der Fordismus-Debatte bewegt. Dieser Ansatz geht davon aus, daß die institutionalisierten Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit, die eine längere Phase stabiler

kapitalistischer Entwicklung gesichert haben, sich seit dem Ende der sechziger Jahre auflösen. Er argumentiert gegen die Vorstellung, daß Flexibilisierung und Verschlangung der Produktionssysteme mit einer Abnahme von Bürokratie verbunden ist.

Im Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung ist der Text von Susanne Heeg angesiedelt. Die hierzulande heiß diskutierte Frage, ob China bald in einer Welle von Autos und Abgasen zum Superland des Fordismus aufsteigen wird, kann man nach dem Lesen des Beitrags von Xueming Song differenzierter - und vielleicht auch gelassener - „rekonstruieren“.

Die „Unternehmenstransformation in Polen“ ist ein wirtschaftswissenschaftliches Thema, das für die ostdeutschen Leser durch den möglichen Vergleich mit der deutschen Variante der Unternehmensprivatisierung besonders interessant werden dürfte. In den Rubriken findet sich nochmals eine Nachlese zu „Biographien im Umbruch“, mit Texten zu ostdeutschen Frauen und zur DDR-Jugend nach dem Mauerbau.

Das Zeitschriftenporträt der russischen politischen Zeitschrift „Polis“ am Ende des Heftes nimmt eine Tradition in neuer Weise auf. Wir wollen auch in Zukunft russischen und anderen ausländischen Zeitschriften eine Seite zur Selbstdarstellung einräumen und unsere Leser so auf wichtige Aufsätze des betreffenden Jahrgangs aufmerksam machen.

Unseren Lesern und Abonnenten sei noch mitgeteilt, daß wir das Jahr 1997 mit einem Doppelheft 8 (1997) 1/2 eröffnen. Es wird neben einem Schwerpunkt „Evolutionäre Ökonomie“ auch Beiträge der Ringvorlesung an der Humboldt-Universität über den Marxismus enthalten. Diesem Heft wird das Inhaltsverzeichnis 1996 beigelegt sein.

Rainer Land

Rainer Land

Vom Fordismus zum Öko-Kapitalismus?

Überlegungen zu Regulationsprinzipien eines neuen Entwicklungspfades

Seit Jahren werden Krise und Niedergang des fordistischen Kapitalismus debattiert. Schon in der „Ölkrise“ Mitte der siebziger Jahre zeigten sich die beiden wesentlichen Aspekte: „Krise der Arbeitsgesellschaft“ (Ende der „Vollbeschäftigung“) und „Ökologische Grenzen des Wachstums“. Was aber kommt nach diesen Krisen? Ich möchte diese Frage aus einer Perspektive diskutieren, die einerseits auf die Schumpeterische Theorie wirtschaftlicher Entwicklung und andererseits auf den Ansatz der französischen Regulationsschule zurückgeht.¹ Mir geht es dabei weniger um die detailgenaue „Rekonstruktion“, vielmehr soll der Blick in eine mögliche Zukunft versucht werden.

Schumpeter betrachtete Kapitalismus als eine Wirtschaftsform, die einen wellenförmig verlaufenden Prozeß von Innovations- und Wachstumsschüben erzeugt, bei denen in der aufsteigenden Wachstumskurve zunächst neue Produktionsfelder erschlossen, neue Industrien aufgebaut werden. Der Prozeß führt dann wegen zunehmender Disproportionen und Ungleichgewichte in den Abschwung, der von Rationalisierungs- und Anpassungsinnovationen geprägt ist. Reguliert wird diese Entwicklung im wesentlichen vom Finanzsystem², die Finanz- und Budgetpolitik des Staates eingeschlossen. Preisbewegungen, Zinsniveaus, Kredit- und Geldmengenverhältnisse signalisieren den Akteuren - Banken, Unternehmern, Haushalten, Finanzpolitikern -, ob ihre Strategien der jeweiligen Lage entsprechen. Fehlerhalten kann die im Verlauf wirtschaftlicher Entwicklung erforderlichen Anpassungen behindern oder gar unmöglich machen. Für Schumpeter hat jede Welle wirtschaftlicher Entwicklung „ein eigenes Gesicht“, beruht auf einem besonderen Innovationspotential, spezifischen Finanzinstrumenten und schreitet einen einmaligen Entwicklungspfad aus. In seinem Modell sich gegenseitig überlagernder Wellen unterschied-

licher Länge spielt die etwa 50 bis 60 Jahre andauernde „lange Welle“ - nach dem russischen Entdecker „Kondratjew“ genannt - eine besondere Rolle. Man kann nun den „Fordismus“ als eine solche lange Welle deuten - als 4. Kondratjew (1938/1945 bis voraussichtlich 1995/2003).

Der Vorteil dieser Betrachtungsweise ist, daß „Fordismus“ nicht mehr als Zustand „Massenproduktion und Massenkonsumtion“ erscheint, sondern als Prozeß, in dessen Verlauf ein bestimmter Wachstumspfad konstruiert, entfaltet, ausgeschritten und erschöpft wird. Ausgangspunkt war der „New Deal“ in den Vereinigten Staaten - mit seiner Idee, daß die Weltwirtschaftskrise einen sozialen Ausgleich und neue gesellschaftliche Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit, Armen und Reichen, Gewerkschaften und Unternehmen gebietet.³ Daraus entstanden Regulationssysteme, die die Löhne an den Fortschritt der Produktivität banden, so eine ständig wachsende Nachfrage nach Massenkonsumgütern schufen und auf diese Weise für eine bestimmte Zeit ein dem Produktivitätsfortschritt etwa entsprechendes Wirtschaftswachstum induzieren konnten. Fordistische Regulationssysteme wurden nach dem Ende des zweiten Weltkriegs auch in Europa ausgebildet, wobei die für den fordistischen Wachstumstyp essentiellen Rückkopplungen von Produktivität, Wachstum und Lohnhöhe in den verschiedenen nationalen Fordismen unterschiedlich verfaßt sind. In Deutschland finden wir das System der Tarifgestaltung durch monopolistisch agierende Gewerkschaften und Unternehmerverbände, ergänzt durch eine Mitbestimmung sichernde Betriebsverfassung. Damit aber das Wirtschaftswachstum in den Größenordnungen des Produktivitätswachstums reguliert werden kann, reicht es nicht, nur die Löhne der Industrie am Produktivitätswachstum zu orientieren. Wichtig ist, auch andere

Einkommen daran zu binden. Der Wohlfahrtsstaat dynamisiert nicht nur die Einkommen der Staatsangestellten, sondern auch wichtige Sozialeinkommen (Bindung der Renten an das Wachstum der Einkommen aus Erwerbstätigkeit) und praktiziert eine expansive (keynesianische) Finanzpolitik, die fehlende Nachfrage temporär ergänzen soll und einen Teil des Zuwachses der Einkommen sozial ausgleichend umverteilt. Während die 50er und frühen 60er Jahre durch den Aufbau neuer Industrien und noch geringe, aber steigende Löhne bestimmt waren, brachte die Zeit nach 1967 die Ernte ein.⁴ Ursache der in den siebziger Jahren beginnenden Krisen sind letztlich zwei immanente Grenzen fordistischen Wachstums. Erstens sind die fordistischen Rationalisierungsstrategien primär auf die Rationalisierung der Arbeit gerichtet und untergraben damit tendenziell die Kehrseite des Wachstums: die durch Erwerbseinkommen bestimmte Nachfrage. Zweitens führt der fordistische Wachstumstyp schnell an die Grenzen der Belastbarkeit von Naturressourcen, vor allem durch den exzessiven Energieverbrauch für Motorisierung, Elektrifizierung, Chemisierung der Konsumgüter. Der fordistische Wachstumspfad muß sich daher mit seiner Entfaltung auch erschöpfen. Nach den ersten Krisensignalen der siebziger Jahre treten Rationalisierungsinvestitionen in den Vordergrund und führen zu steigender Arbeitslosigkeit. Die Löhne sind hoch, wachsen aber nur noch langsam, stagnieren auch regional oder temporär und bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Mit der Ölkrise beginnt die Depression, die die achtziger und neunziger Jahre charakterisiert: geringes und abnehmendes Wachstum, geringe Investitionen, hohe und steigende Arbeitslosigkeit. Die Renditen der Finanzanlagen stehen über denen des produzierenden Kapitals, der „Rückbau“ der fordistischen Einkommensregulation beginnt.

Das fordistische Regulationssystem ermöglichte, die Innovationspotentiale einer tayloristischen Massenproduktion zu entwickeln, expandierte die darauf beruhenden Industriezweige, besonders die Autoindustrie, und revolutioniert die Lebensweise aller Bevölkerungsgruppen - mit dem ungeahnten Ergebnis weitgehender Auflösung der traditionellen Arbeitermilieus und der lebensweltlichen Grundlagen der Arbeiterklasse. Wichtig an dieser Betrachtungsweise

ist: Der Fordismus erscheint nicht als Resultat der Entwicklung der Auto- und Konsumgüterindustrie, sondern umgekehrt. Der Aufstieg des Autos zum zentralen Innovationsfeld des Fordismus ist selbst die Folge der Konstruktion des Regulationssystems!

Ford wollte durch tayloristische Rationalisierung der Arbeit seine Autos so billig bauen und die Löhne so weit anheben, daß Arbeiter selbst als Käufer in Frage kommen. Dieses für den Kapitalismus revolutionäre Konzept wirft die Marxsche Mehrwerttheorie über den Haufen, denn es bedeutet, daß die Löhne in der Zeit (also die Tendenz der Veränderung des Lohnes, nicht die absolute Höhe) nicht an den Reproduktionskosten der Arbeiter orientiert werden, sondern am wirtschaftlichen Wachstum - am Produktionswachstum, das zugleich ein entsprechendes Wachstum der Nachfrage nach Konsumgütern auslöst. Ein Blick in langfristige Trends zeigt, daß dies tatsächlich eintrat, und zwar in den 50er Jahren, und mehr oder weniger bis in die achtziger Jahre hinein galt, freilich nur für die entwickelten Kapitalismen.⁵ Produktivität, Wachstum des BIP und Löhne haben in dieser Periode etwa den gleichen Anstiegswinkel. Arbeitsproduktivität und Grundfondsrentabilität steigen jeweils etwa gleich stark, während die Effektivität der eingesetzten Naturressourcen als Regulationsobjekt gar nicht vorkommt und keine Zielgröße von Rationalisierung und Investitionen bildet.

Der von Marx analysierte Kapitalismus hatte eine andere Dynamik - der Produktivitätswachstum wurde als Profit realisiert und als Kapital akkumuliert. Die Steigerung der Löhne (Realeinkommen) blieb hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, und die Veränderung des Volumens der Lohnarbeitseinkommen hing eher von der Veränderung der Masse der Lohnarbeiter als von der Änderung der Lohnhöhe ab. Die Gültigkeit des (Marxschen) Gesetzes der Regulation des Lohnes durch den Wert der Ware Arbeitskraft bedeutet in der Zeitdimension: einfache Reproduktion der Lebensbedingungen und der Lebensweise der Lohnarbeiter. Kapitalismus ist nach Marx deshalb Kapitalismus, weil der Zuwachs an Produktivität nicht von den Arbeitern konsumiert, sondern als Profit realisiert und als Kapital akkumuliert wird. Bei der Akkumulation wachsen fixes Kapital und Masse der Löhne nicht etwa proportional, vielmehr hat die Pro-

duktion der Produktionsmittel Vorrang vor der Produktion der Konsumtionsmittel. Betrachtet man den 2. und 3. Kondratjew, die Regulationssysteme der industriellen Revolution und der elektrotechnisch-chemischen Revolution, so zeigt sich, daß die Kopplung von Massenproduktion und Massenkonsumtion tatsächlich nur für den fordistischen Kondratjew zutrifft. Der Wachstumsschub des 3. Kondratjew (konstituiert in der Folge der Großen Depression 1860-1890) beruhte auf der Akkumulation des Anlagekapitals der auf Wissenschaft und Großtechniken basierenden Großbetriebe und der übergreifenden Infrastrukturen. Elektroindustrie, moderne Chemie und Metallurgie, Energie- und Verkehrsnetze sind Wachstumsfelder, die erschlossen werden konnten, weil innerhalb des Regulationssystems die entsprechenden Instrumente und Rückkopplungen aufgebaut wurden: Aktiengesellschaften und Börsen, moderne Kreditgeldsysteme, das Staatsbudget als Finanzinstrument für Infrastruktur, Forschung und Ausbildung. Akkumuliert wurde vorrangig in Großkapital (Konzerne mit komplexer und integrierter Produktionsstruktur) und übergreifende Infrastrukturen, zentral war die Rückkopplung des Wirtschaftswachstums an die Produktivitätsentwicklung des modernen Großkapitals, die es aber ohne staatliche Wissensschärförderung, Ausbildung und Infrastruktur-entwicklung nicht gegeben hätte.

Das Wachstum des vorhergehenden 2. „Eisenbahn“-Kondratjew und des 1. „Baumwoll“-Kondratjew entsprach weitgehend dem Marx'schen Modell der „reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“. Stofflich steht die Entwicklung der Maschinerie im Zentrum. Der damit erzeugte Produktivitätszuwachs wird vorrangig als Wachstum des Anlagekapitals des Einzelunternehmens akkumuliert. Produktivität und Wachstum sind über das Anlagekapital rückgekoppelt, nicht über die Konsumtion der Arbeiter.

* * *

Was bedeutet das für die Bildung eines postfordistischen Kapitalismus?

1. Betrachtet man die aufeinanderfolgenden Kapitalismen oder Kondratjew-Wellen, so entsteht im nachhinein der Schein einer teleologischen Entwicklung. Und tatsächlich wird ja das

Produktions- und Finanzsystem eines beginnenden Kondratjew durch Rekonstruktion des vorangegangenen erzeugt. Bestimmte Entwicklungen können dabei durchaus als funktionale Differenzierung interpretiert werden, das Entstehen neuer Industriezweige oder neuer Finanzfunktionen durch Ausdifferenzierung. Dies aber interessiert weniger. Viel wichtiger ist, daß die Rekonstruktion der alten, an Grenzen geratenen und deshalb nicht mehr funktionsfähigen Regulationssysteme voraussetzt, daß etwas Neues entsteht. Ein neuer Entwicklungspfad muß die Grenzen des vorangegangenen Kondratjew aufheben. Dies aber ist keine positive Determinante, sondern nur eine negative. Die Krise der Arbeitsgesellschaft enthält nicht schon die Strukturen ihrer Überwindung. Die Krise der Ökologie enthält kein Rezept zur Konstruktion eines ökologischen Kapitalismus.

2. Das „Neue“ muß eine neue Rückkopplung zwischen „intensiven“ Produktivitätswerten und „extensiven“ Wachstumswerten sein - realisiert als Kopplung von Renditerelationen, Einkommens- und Investitionsströmen. Aber natürlich kann es nicht irgendeine Regulationsstruktur sein. Sie muß eine bislang unerschlossene Ressource als Innovationsfeld der Produktion setzen, wirtschaftlich relevant machen. Für den Fordismus war die institutionelle Verknüpfung der intensiven Größe „Arbeitsproduktivität“ (oder umgekehrt: „Lohnstückkosten“) mit der extensiven Größe „Löhne“ (eigentlich: Lohnwachstum) die Voraussetzung für die Konstitution der industriellen Massenproduktion von Konsumgütern als dem zentralen Innovations- und Wachstumsfeld des 4. Kondratjew.

Spekulativ ist ein institutionelles Setting denkbar, das die Effektivität der Nutzung von Naturressourcen⁶ und das Wachstum der Investitionen in die Reproduktion der Naturressourcen verkoppelt. Dann könnte der ökologische Umbau der Industriegesellschaft der Wachstumspfad des 5. Kondratjew werden. Ist ein „Öko-Kapitalismus“ denkbar? Bislang ist es ganz offen, wie ein Wachstum reguliert werden kann, das Umweltprobleme nicht temporär kompensiert, sondern die Erhaltung der natürlichen Lebens- und Produktionsvoraussetzungen von vornherein als Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung setzt und Ökologie so zum Feld wirtschaftlichen Wachstums machen könnte.

Der ökologische Umbau könnte nur zum Pfad der kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung werden, wenn die Reproduktion der ökologischen Ressourcen Gegenstand der ökonomischen Kalkulation, Selektion und Verwertung als Kapital würden. Dies bedeutet aber nicht, voluntaristisch durch Preismanipulation das eine oder andere Verhalten „anzureizen“ oder „abzureizen“. Es würde vielmehr die Einsicht in die schlichte Tatsache bedeuten, daß die Erhaltung der Naturbedingungen der menschlichen Sozietät heute Arbeit kostet, also gegenständliche Ressourcen und menschliche Arbeitskraft verbraucht. Arbeit und Produktionsmittel werden benötigt, um wirtschaftlich genutzte Natur, Landschaften, Gewässer, Luft etc. in einem naturnahen Zustand zu erhalten - durch ökologisch verträgliche Verkehrswege, Abwasserreinigung, Grundwasserschutz etc. Arbeit und Produktionsmittel werden heute auch benötigt, um „endliche“ Nutzungsarten zu substituieren, also das Energiesystem auf erneuerbare und CO₂-emissionsfreie Energien umzustellen. Und sie werden schließlich benötigt, um „Altlasten“ zu „sanieren“, z.B. um Kernkraftwerke abzubauen.

Würden Preisbestandteile für solche ökologischen Kosten die Reproduktion ökologischer Ressourcen finanzieren und die Steigerung der Ökoeffizienz Gewinne abwerfen, die Kapital in die Öko-Reproduktion zögen, dann könnte Ökologie zum Feld künftigen kapitalistischen Wirtschaftswachstums werden. Sie wäre dann nicht nur als Kostenfaktor, sondern auch Verwertungsfeld. Wenn ein Zuwachs an ökologischer Effektivität - z.B. durch die Substitution ökologisch dysfunktionaler bzw. ineffektiver Produkte und Verfahren - auch als Zuwachs an Wirtschaftlichkeit erschiene und zu Kapitalrenditen führte, könnte der ökologischer Umbau zu einem „Selbstläufer“ werden und einen neuen Entwicklungspfad begründen. Dazu aber müßten ökologische Ressourcen handelbare Waren werden, was mit ihrem Charakter als Gemeingütern, die allen gehören und daher niemanden etwas kosten, kollidiert. Die Konsequenzen einer Privatisierung der Natur wären untragbar. Wie aber können Gemeingüter von privaten Unternehmen gehandelt und genutzt werden, private Renditen abwerfen und trotzdem als Gemeingüter reproduziert werden? Dafür sind bislang noch keine entsprechenden

Institutionen und Instrumente erfunden.⁷ Die dazu in der Diskussion befindlichen Modelle - Ökosteuer und Ökozertifikate - versuchen zwar, die Verwendung ökologischer Ressourcen statt allein mit Ordnungsrecht auch über ökonomische Formen zu regulieren. Aber bislang haben auch diese Formen nur kompensatorischen Charakter.

3. Noch ist nicht erkennbar, ob es einen Pfad in einen Öko-Kapitalismus gibt und welche institutionellen Innovationen des Finanz- und Regulationssystems dahin führen könnten. Aber das bedeutet nicht, daß die Konstruktion des 5. Kondratjew nicht doch schon im Gange ist. Es könnte den Akteuren ja durchaus verborgen bleiben. Die Konstruktion eines neuen Entwicklungspfad vollzieht sich nach dem Prinzip der Mosaikvolution - also durch singuläre, für sich unzureichende Veränderungen, die sich rekombinieren und verstärken können. Dies ist ganz unabhängig davon, ob irgend jemand ein ganzheitliches Bewußtsein darüber hat.

In der Depressionsphase überwiegen zunächst Rationalisierung, Kostenersparnis und „Gesundschrumphen“, Verschlinkung. Dem Sinken der Renditen wird durch Kapitalentwertung begegnet. Die Finanzanlagen wachsen sehr viel schneller als das produktive Kapital, und es gibt keine hinreichend sicheren Perspektiven für Investitionen. Die Szenerie wird aber nicht nur von Bankrotteuren und Glücksrittern bestimmt, sondern auch von Leuten, die mit „Verrücktheiten“ versuchen, der Krise zu begegnen. Die Chaotisierung der Selektionsentscheidungen, also auch und vor allem der Finanzströme, scheint ein wesentliches Element der Krise zu sein. Die Akteure öffnen sich für die Suche nach Neuem.

Erst wenn die bisherigen Anlagebereiche nachhaltig untergraben und verschlankt und Sparen ausgereizt sind, haben die mit Experimenten beschäftigten „Außenseiter“ eine Chance. Stabilisieren sich solche Inseln, werden sie selbst wieder Voraussetzung nachfolgender Neuerungen, beginnt die Veränderung der Selektionsrichtung. Nicht alle, aber einige dieser Inseln könnten Ausgangspunkt eines neuen Wachstumspfad werden. Spekulativ gedacht, könnten beispielsweise die Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung dann wirksam werden, wenn

sich das Bewußtsein von der Zukunftsfähigkeit dieser Energien durchsetzen und ein sich selbst verstärkender Investitionsstrom in den Umbau des Energiesystems fließen würde, z.B. finanziert durch Abgaben auf fossile Energien. Nach einer ersten Konsolidierung würden vermutlich Defizite erkennbar, die - angenommen - durch die Bildung eines Fonds für nachwachsende Rohstoffe (gespeist durch eine Abgabe auf nicht nachwachsende Rohstoffe) kompensiert werden sollten. Weitere Regularien für die Reproduktion einer ökologischen Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft etc. kämen später hinzu. Die durch einige ökologische Wachstumsfelder ausgelösten Verschiebungen machten europäische Ökologie- und Sozialstandards nötig und durchsetzbar, als deren Ergebnis Sozialsysteme reformiert würden - nun aber schon unter der Voraussetzung einer im Ansatz gegebenen Regulation der Reproduktion ökologischer Kosten und im Wachsen begriffener Umweltproduktion. Und schließlich würden irgendwann - der neue Wachstumspfad ist längst erkennbar - Staatshaushalt und Steuern angepaßt. Die Synchronisation der einzelnen Schritte hin zu einem neuen Wachstumspfad erfolgt also nicht durch ein holistisches Umbaukonzept, sondern durch das Nacheinander vieler Selektions- und Rekombinationsprozesse. Dabei entstehen immer wieder Dysfunktionalitäten, die nur durch Folgeinnovationen überwunden werden können. So synthetisieren sich mehrere unabhängig voneinander entstandene Veränderungen - vielleicht. Der Druck hält an, bis ein neuer Wachstumspfad verallgemeinert und halbwegs stabilisiert ist. Die dann noch bestehenden Dysfunktionalitäten werden nicht mehr behoben; sie werden hingenommen, bestenfalls kompensiert. Mosaikrevolution ist also ein Verfahren, das die Synthese und Synchronisation komplexer Veränderungen bewerkstelligt, ohne daß ein ganzheitlicher Plan vorliegen kann.

4. Ein neues „Regulationssetting“ kann nicht durch eine ganzheitliche und zielorientiert vorgehende Reformpolitik „eingeführt“ werden. Es ist unmöglich, Reformschritte auf eine definitive Zielvorstellung des angestrebten Gesellschaftsganzen hin zu ordnen, denn erstens sind unsere Kenntnisse über die aktuellen Problemlagen unzulänglich. Zweitens determinieren Problemlagen, auch wenn man sie kennt und

beschreiben kann, nicht Möglichkeit und Inhalt ihrer Lösungen. Das Neue ist nicht im Alten angelegt. Drittens kann Politik keine „neuen Verhältnisse“ schaffen, keine anderen Verhaltensweisen erzwingen und keine „anderen Institutionen einführen“.⁸ Ein neuer Entwicklungspfad wird in sozialen Kämpfen konstruiert. Er muß gegen die alten, im vorigen (vergangenen) Entwicklungszyklus entstandenen Interessenlagen und die in der Depression aufgebauten Innovationsblockaden durchgesetzt werden.

Politik in einer ausdifferenzierten Gesellschaft ist im Geschäft des Ausgleichs zwischen differenten Interessenlagen einerseits und Budgetrestriktionen andererseits festgeklammert; sie hat kaum innovative Spielräume. Sie ist dann „konstruktiv“, wenn sie die durch die fordistische Wachstumsdynamik gesellschaftlich erzeugten neuen Interessensfelder erkennt, rechtlich ausgestaltet und absichert. Versucht Politik unter diesen Voraussetzungen strukturelle Reformen durchzusetzen, die auf eine Veränderung der Selektionsrichtung für Wirtschaft, Verteilung und Konsum hinauslaufen, sind immer eine Vielzahl von Interessen betroffen, und immer bildet sich eine Klientel dagegen, die stark genug ist, die intendierten Reformen abzublocken oder so kleinzuarbeiten, daß der strukturelle Effekt nicht mehr eintritt. Das einzige, was möglich scheint, ist die Verteidigung etablierter Besitzstände bzw. die Durchsetzung dominanter Interessengruppen auf Kosten schlechter gestellter. Objektiv sind unter dieser Voraussetzung nicht nur große holistische Reformprojekte ausgeschlossen, sondern jedwede strukturell relevante Intervention der Politik scheitert tendenziell. Eine konstruktive Politik in der Krise kann daher nicht die Entwicklung und Durchsetzung zukunftsweisender, problemlösender und gar ganzheitlicher Reformprojekte sein. Geboten ist vielmehr eine Politik der *Öffnung der Gesellschaft* durch eine öffentliche Diskussion der Krise und der *blockierten Interessenkonstellationen*. Die Entstehung der Grünen beispielsweise richtete sich gegen einen rückwärtsgewandten Politikmodus und artikulierte vehement die andere Qualität der Krise und die Unmöglichkeit, sie mit den „bisherigen“ Mitteln zu lösen. Was in dieser Phase entstehen kann und entstehen muß, ist die Bereitschaft eines kleinen, aber relevanten Teils der Bevölkerung zum „Ausstieg“ aus den bestehenden Besitzständen, die Vision einer

möglichen Interessen-Transformation. Nur das schafft die Voraussetzung dafür, daß entstehende Verhaltensinnovationen zunächst punktuell durchsetzbar werden und dann eine Chance der Institutionalisierung bekommen. Öffnung, Ausstieg, Experiment, „Chaos und neue Leidenschaften“ sind die Kehrseite der Blockade.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Joseph Schumpeter: Das Wesen des Geldes. Göttingen 1970; Ders.: Konjunkturzyklen. Göttingen 1961; Ders.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig 1912; M. Aglietta: A Theory of Capitalist Regulation. London 1979.- Die Rückbesinnung auf Schumpeter soll nicht die Fortschritte mißachten, die die französische Regulationsschule in bewußter Auseinandersetzung mit Schumpeter gemacht hat. Aber die hier zentrale Idee, daß die spezifischen Perioden wirtschaftlicher Entwicklung auf jeweils einmaligen Entwicklungspfaden beruhen, die durch die je besondere Verfassung des Finanzsystems konstituiert werden, läßt sich m.E. eher mit Rückgriff auf Schumpeter begründen, vorausgesetzt, man vermeidet eine theleologische Deutung der Kondratjewzyklen.
- 2 Dabei ist immer die juristische Verfassung der Eigentums- und Wirtschaftsordnung mitgedacht.
- 3 Vgl. Jürgen Hartmann: Verbände in der westlichen Industriegesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/Main 1985, S. 166ff. Colin Gordon: New deals: business, labor, and politics in

- America 1920-1935. Cambridge University Press 1994
- 4 Die gewaltigen Umwälzungen, besonders auch der Lebenswelten der Normalbevölkerung, schildert eindrucksvoll: Hartmut Kaelble (Hrsg.): Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa. Opladen 1972
 - 5 Nach David M. Gordon in den USA nur bis Ende der siebziger Jahr (vgl. seinen Beitrag in diesem Heft).
 - 6 Natürlich gibt es eine solche Größe bislang nur theoretisch. Man kann sie als Wert verbrauchter Naturressourcen pro Wert erzeugten Produkts definieren. Die eigentliche Schwierigkeit dieses Regulationssystems besteht aber darin, den Wert von Naturressourcen zu messen. Die Effektivität ihrer Verwendung ist wirtschaftspraktisch ja nur interessant, wenn Naturressourcen den Verwerter etwas kosten und etwas einbringen. In dem Moment, wo sie als Kapital verwertet werden müssen, sind faktisch auch Größen gegeben, die ihre Verwertungseffekte ausdrücken.
 - 7 Vgl. die Debatte um „Ökosteuer und Ökokapital“ in: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation, Berlin. Nr. 4/94, 5/94, 6/94, 2/95, 3/95; vgl. auch: Anselm Görrer und Ernst Ulrich v. Weizsäcker: Das beste Instrument. In: Politische Ökologie, München. Nr. 42.
 - 8 Helmut Wiesenhal entwickelt ein „Unmöglichkeitstheorem holistischer Politik“ und kommt zu der Feststellung, daß holistischen Politikkonzepten „beim besten Willen keine Realisierungschance zu attestieren“ sei. Vgl. Helmut Wiesenhal: Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation. Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin, 21.11.1994. In: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe „Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, 94/10

Neuerscheinung

Sozialwissenschaft in Rußland, Band 1

Analysen russischer Forschungen zu Sozialstruktur, Eliten, Parteien, Bewegungen, Interessengruppen und Sowjetgeschichte

272 Seiten, 34 DM, ISBN 3-929666-26-X

- thematischen Auswahlbibliographien
- Profilen neuer sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen
- Verzeichnis sozialwissenschaftlicher Periodika in Rußland
- Namensregister

Der Band ermöglicht erstmalig einen repräsentativen Überblick über die neue russische Sozialwissenschaft, ihre Richtungen und ihre führenden Vertreter, über methodische Ansätze und aktuelle Diskussionen. Die Analysen entstanden in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die aus acht russischen und vier deutschen Soziologen, Politologen und Historikern besteht. In Vorbereitung ist ein zweiter Band mit Beiträgen u.a. zur russischen Wahlforschung, Regionalistik, Transformationsdebatte und zur geopolitischen Diskussion.

Bestellungen im Buchhandel oder:

Berliner Debatte
PF 158, 10412 Berlin
Fax: 030/448111